

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

2. September 2021
7.2021

Das Gutachten gegen die Vermögensabgabe aus dem Scholz-Ministerium

Durch die Corona-Krise ist die Verschuldung des Bundes um rund 450 Milliarden Euro gestiegen¹. Die Kosten zur Bewältigung der Krise liegen in Billionenhöhe (1000 Milliarden) Euro. Wer zahlt die Rechnung? DIE LINKE fordert eine Vermögensabgabe für Superreiche, SPD und Grüne nicht. Aus dem wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums – dem Ministerium von Olaf Scholz – wurde in die heiße Wahlkampfphase ein Gutachten platziert, das eine Vermögensabgabe zurückweist. Im 35-köpfigen Beirat sind u.a. prominente Ökonomen im Umfeld der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« oder der »Stiftung Marktwirtschaft« vertreten, beispielsweise Clemens Fuest und Volker Wieland.

Die Argumente und warum sie nicht hinhalten:

1. Die Vermögensabgabe würde »erhebliche **wirtschaftliche Schäden** verursachen«, »weil sie das Vertrauen von Sparern und Investoren erschüttert«. Das Argument ist alt: Bei niedrigen Steuern würden Unternehmen mehr investieren und die Wirtschaft wachsen. Studien zur Unternehmensbesteuerung zeigen aber: »Steuergeschenke bringen kein Wachstum.«² Die Belastung der LINKEN Vermögensabgabe läge jährlich bei 0,1 und 1,5 Prozent. Davon geht kein Unternehmen pleite.

2. Mit der Vermögensabgabe sei das **Eigentum nicht mehr garantiert**. Bei »jeder künftigen Finanzklemme« würde der Staat »erneut auf die Vermögensbestände zugreifen«. Eine Vermögensabgabe ist im Grundgesetz jedoch nur für einen besonderen, außerordentlichen Finanzbedarf des Staates (Artikel 106) vorgesehen. Nicht für »jede Finanzklemme«, wohl aber für eine Situation, in der hunderte Milliarden zusätzliche Ausgaben aus dem Bundeshaushalt getätigt werden, um gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schaden abzuwenden. Historisches Vorbild ist der »Lastenausgleich« nach dem zweiten Weltkrieg. Er sorgte in der Nachkriegszeit für die Verteilung der Wiederaufbaukosten entsprechend der vorhandenen Vermögen.

Die LINKE Vermögensabgabe würde gerade einmal 0,7 Prozent der (reichsten) Bevölkerung betreffen. Die Berater sorgen

sich also nicht um den Normal-Sparer, sondern um die Vermögen der Superreichen. Die Enteignung breiter Schichten der Bevölkerung durch die explodierenden Mieten und schlechtere öffentliche Infrastruktur – erwartbare Folgen, wenn die Schulden aus dem laufenden Bundeshaushalt bezahlt bzw. »erspart« werden – spielt keine Rolle in den Überlegungen.

3. **Vermögen** könnte »in andere Länder **abwandern**«. Im Klartext: Reiche werden die Steuern sowieso hinterziehen oder vermeiden, daher sollte sie gar nicht erst erhoben werden. Letztlich eine Kapitulation vor der Steuerkriminalität. Stattdessen könnte ein Expertengremium des Finanzministeriums natürlich auch Vorschläge entwickeln, wie das zu verhindern wäre.

DIE LINKE fordert u.a., Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten sofort zu kündigen und ihren Finanzinstituten die Lizenz in Deutschland zu ziehen. Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge wollen wir beseitigen: Die Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden.

Das »Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung« (DIW) schlägt vor, den 1. Januar 2020 als Stichtag festzusetzen.³ Dadurch kann verhindert werden, dass abgabepflichtiges Vermögen noch schnell kleingerechnet oder versteckt wird. Marcel Fratzscher, Präsident des DIW und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin: »Als Ökonom sehe ich die dringende Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der Vermögen an der Finanzierung staatlicher Aufgaben – wie auch der Bewältigung dieser Pandemie. Es gibt kaum eine Nation, die Vermögen geringer und Arbeit stärker besteuert als Deutschland.«

Nach der Bundestagswahl droht der Kürzungshammer

Die **Schuldenbremse** ist wegen der Corona-Sonderausgaben ausgesetzt, d.h. sie pausiert nur. CDU und FDP wollen sie wiedereinsetzen. SPD und Grüne wollen sie zwar reformieren, aber daran festhalten. **CDU** und **FDP** fordern »Steuersenkungen«. Das »Zentrum für Europäische

Wirtschaftsforschung« (ZEW) hat berechnet, dass nach ihren Plänen **33 bzw. sogar 88 Milliarden Euro pro Jahr an Steuern weniger eingenommen würden**. Die Schulden müssten durch geringere Ausgaben eingespart werden – das wird wohl kaum den Rüstungshaushalt treffen.

DIE LINKE will, dass starke Schultern mehr tragen. Die LINKE Vermögensabgabe wird auf Nettovermögen über 2 Millionen Euro (für Betriebsvermögen ist der Freibetrag 5 Millionen Euro) erhoben. Die Vermögensabgabe ist progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über 20 Jahre abgezahlt werden. Die geschätzten Einnahmen liegen bei 310 Milliarden Euro über 20 Jahre. Das ist ja wohl nicht zu viel verlangt!

- 1 | www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/haushalt-227.html
2 | www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-33165.htm
3 | www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.801975.de/diwkompakt_2020-157.pdf

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schick mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.